

Die imperialistische politische Sprachregelung hat für dieses Vorgehen den Begriff von der „Erosion des kommunistischen Systems“ in Umlauf gebracht. Es ist nicht zu verkennen, daß es sich hierbei um nichts weniger als eine neue Variante des kalten Krieges handelt. Die politischen Schachzüge des Imperialismus sind differenzierter und hinterhältiger geworden. Dennoch verheimlichen Johnson und die ihm dienenden Politologen nicht, daß der Wesenskern ihrer Bemühungen nach wie vor im „Roll back“ des Sozialismus liegt. Brzezinski entwarf die Konzeption der antisozialistischen „flexiblen Ostpolitik“ im Jahre 1965, und Johnson machte sie im Oktober 1966 zur offiziellen Regierungspolitik. Da ihre praktischen Resultate durchaus nicht der Hoffnung entsprachen, die amerikanische Globalstrategie in Europa aus ihrer Defensive zu bringen, und die Johnson-Regierung in zunehmendem Maße über den wachsenden Einfluß der Vorschläge der Warschauer Paktstaaten zur Herbeiführung eines Systems der europäischen Sicherheit beunruhigt war, wurde Brzezinski Ende letzten Jahres von seinen staatlichen Verpflichtungen entbunden, um als Forschungsdirektor für kommunistische Fragen an der Columbia-Universität weitere Detailpläne zur Forcierung der antikommunistischen Aufweichungspolitik zu entwerfen. Im Januar 1968 veröffentlichte er in der offiziellen New Yorker „Foreign Affairs“ einen Artikel über „Das System einer Ost-West-Aussöhnung“, der die neuesten Empfehlungen für die amerikanische Regierung enthält.

Kategorisch verwirft er die Vorschläge der Bukarester Tagung zur Schaffung eines Systems der europäischen Sicherheit. In dem Bestreben, alle Möglichkeiten eines Angriffs auf die sozialistischen Staaten offenzuhalten, befindet er sich in völliger Übereinstimmung mit der Kiesinger/Strauß-Regierung. Im Rahmen des amerikanisch-westdeutschen Sonderbündnisses möchte er den westdeutschen Imperialismus zum Hauptakteur der von ihm verfeinerten „flexiblen Ostpolitik“ erheben wissen. Dies stellt eine Aufforderung an Kiesinger, Strauß und Brandt dar, mit ihrer sogenannten neuen Ostpolitik eine diplomatische Variante zum Stellvertreterkrieg zu schaffen. Dem entsprach der westdeutsche Außenminister Brandt mit seinen ostpolitischen Vorstellungen auf dem jüngsten Nürnberger Parteitag der SP.

Brzezinski stützt sich bei der Begründung seiner feindseligen Aufweichungsstrategie auf die imperialistische These von der Notwendigkeit der „Entideologisierung“ der Beziehungen der sozialistischen zu den imperialistischen Staaten. Dabei setzt er die Begriffe Entideologisierung und Liberalisierung weitgehend gleich. Dahinter steht die Absicht, als Vorbedingung für die von ihm propagierte „Ost-West-Aussöhnung“ die Aufgabe des sozialistischen Klassenstandpunktes und als nächsten Schritt die Aufgabe des sozialistischen Staatsaufbaus selbst zu fordern. Diese Vorbedingung der amerikanischen und westdeutschen Ostpolitiker für eine „Entspannung in Europa“ läuft auf das gleiche hinaus, was der westdeutsche antikommunistische Politologe Prof. Mehnert kürzlich als „Bewegung auf den Sozialdemokratismus hin“ bezeichnete. Mit den sie tragenden Politikern, die die Grundsätze der sozialistischen Weltanschauung auf gegeben haben, so meinte Mehnert, könnten Brandt und Schiller „als geradezu idealen Gesprächspartnern“ verhandeln, „Ostberlin werde zunehmend isoliert“, und damit sei ein Teilschritt zur Liquidierung der sozialistischen DDR getan. Der westdeutsche Imperialismus hoffte, mit der Ausdehnung der Konterrevolution in der CSSR immer mehr solche „Gesprächspartner“ in Prag gewinnen zu können.

Deutlicher als in seinen früheren Ausarbeitungen verfolgt Brzezinski die Spekulation vom Hereintragen eines Isolierungsmoments in das sozialistische Weltssystem. Er entwickelt die Vorstellung einer Struktur der Europapolitik, 1677 die an die Spitze die absurde Behauptung setzt, die Sowjetunion sei keine